



Sitzungsvorlage

Nr.:	25/2005
ausgefertigt am:	20.01.2005
Fachamt:	Amt Finanzielle Hilfen
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">- Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung- Kreisausschuss- Kreistag

Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß §§ 53 ff. SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung und der Kreisausschuss wurden in den Sitzungen am 01.11.2004 und am 10.11.2004 ausführlich über den Sachstand zur Umsetzung des SGB II im Landkreis Cuxhaven unterrichtet. Auf die Sitzungsvorlage Nr. 298/2004 wird daher zunächst verwiesen.

Die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b SGB II und die Aufgabenübertragung auf diese Arbeitsgemeinschaft möglichst zum 01.07.2005 wurden vom Kreisausschuss beschlossen. Der Entwurf eines öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft wurde in ständiger Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit entwickelt. Er ist dieser Vorlage als Anlage beige-fügt.

Das Nieders. Ausführungsgesetz zum SGB II sieht als eine zusätzliche mögliche Rechtsform für eine Arbeitsgemeinschaft eine Anstalt des öffentlichen Rechts vor. Diese Möglichkeit wurde vom Land zugelassen, weil Zweifel in rechtlicher Hinsicht daran bestehen, ob eine Arbeitsgemeinschaft auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages hinreichende Rechtssicherheit bietet. In den Verhandlungen mit den Arbeits-agenturen wurden daher zunächst parallel der Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages und die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts erörtert. Da zwischenzeitlich aber auch in rechtlicher Hin-sicht Zweifel an einer Zusammenarbeit von Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit in einer Anstalt geäußert werden und in anderen Bundesländern diese Rechtsform gar nicht zur Disposition gestellt wurde, sollte die Arbeitsgemeinschaft auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gegründet werden. Diese Variante - deutschlandweit praktiziert - wird von den Agenturen für Arbeit bevorzugt.

In Niedersachsen gründen 11 Kommunen (Landkreise) mit Agenturen eine Anstalt. Die überwiegende Zahl der niedersächsischen Kommunen arbeitet in der Arbeitsgemeinschaft zunächst auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zusammen. Die Agenturen Stade und Bremerhaven wären nur dann zur Anstaltsgründung mit dem Landkreis bereit, wenn mögliche Risiken des Personalübergangs Dritter auf die Anstalt vom Landkreis getragen würden. Dieses Risiko kann der Landkreis nicht eingehen.

Weitere Erläuterungen werden in der Sitzung gegeben.

Beschlussvorschlag:

Der im Entwurf vorliegende öffentlich-rechtliche Vertrag gemäß §§ 53 ff. SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) zwischen der Bundesagentur für Arbeit, vertreten durch die Agenturen für Arbeit Bremer-haven und Stade, und dem Landkreis Cuxhaven wird geschlossen.